

# Wer das Sagen hat

Plötzlich ist von den Ostdeutschen als »Migranten« die Rede – und vom Osten als »Kolonie« des Westens. Das muss nichts Schlechtes sein **VON VALERIE SCHÖNIAN**

Es gibt Begriffe, auf die viele sich sofort einigen können. Und es gibt Begriffe, die so kontrovers und provokant sind, dass sie Streit stiften, noch ehe man sie überhaupt ganz verstanden hat. Wie die beiden Wörter, die in der vorigen Woche im Diskurs um Ostdeutschland aufgetaucht sind und die manche Menschen unwillkürlich zornig gemacht haben. Der eine Begriff lautet: Migranten. Der andere: Kolonie. Sind Ostdeutsche, so wie es eine neue Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) nahelegt, im Grunde Migranten in Deutschland?

Und ist der Osten, wie es eine wissenschaftliche Tagung unter Leitung des Dresdner Kulturwissenschaftlers Paul Kaiser in den vergangenen Tagen suggerierte, eine Kolonie des Westens? »Kolonie Ost? Aspekte von »Kolonialisierung« in Ostdeutschland seit 1990« nannte Kaiser sein Symposium in Dresden, es ging am Freitag zu Ende.

Beide Begriffe haben eines gemeinsam: Sie betonen die Migrationsgeschichte der Ostdeutschen, die Geschichte von Zu- und Abwanderung in den vergangenen Jahrzehnten. Sie speisen den Osten in den großen Migrationsdiskurs ein und brechen damit ein Tabu. Aber Kolonialisierung? Kann man das wirklich sagen?

Wer dieser Frage nachgeht, landet schnell bei Thomas Krüger, dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung. Krüger war es, der vor anderthalb Jahren zuerst von der Kolonie sprach, die der Osten in Deutschland womöglich sei. Aber er hätte, sagt er, nie erwartet, dass sein kleines Wort eine so große Karriere machen würde.

Im Oktober 2017, so erzählt es Krüger, sei er auf Dienstreise in Zürich gewesen. Er hatte noch nicht einmal geführstückt, als er von der *Berliner Zeitung* gebeten wurde, nur rasch ein paar Fragen zum Osten zu beantworten. Krüger, im heutigen Thüringen geboren, machte sich Notizen, telefonierte kurz mit der Redaktion. Interview fertig – er ging frühstücken und dachte sich nichts weiter. Doch nach Erscheinen musste er sich monatelang rechtfertigen, wegen dieses Satzes: »In der Fläche wird die Dominanz der Westdeutschen in den Eliten immer noch als kultureller Kolonialismus erlebt.« Was Krüger meinte: Bis heute ist ein Großteil der Führungspositionen im Osten mit Westdeutschen besetzt; bis heute haben viele Ostdeutsche das Gefühl, fremdregiert zu werden; nicht selbst bestimmen zu dürfen.

Aber Krüger hatte eben »Kolonialismus« gesagt. Dass auf diesem Wort jetzt eine ganze Tagung gegründet wurde, zu der man ihn, Krüger, auch noch als einen der Hauptgäste einlud? Als er davon hörte, habe er gedacht, das ende wohl nie, sagt er. Er würde den Satz heute nicht wiederholen. Warum er die Tagung trotzdem besucht hat? »Wichtig ist, wohin man will mit diesem Wort«, sagt Krüger.

Ja, wohin denn? Das ist dann etwas, das man mit Paul Kaiser besprechen sollte; dem Mann, der die Tagung ins Leben rief. »Ostdeutsche«, sagt Kaiser, »nehmen an vielen Diskursen nur als Zeitzeugen oder Leserbriefschreiber teil. Das darf nicht sein. Ostdeutsche müssen am Prozess der Deutung beteiligt werden!« Darum gehe es ihm. Eben eine »Bestandsaufnahme« zu schaffen, »über die Dimension der strukturellen Verwerfungen der letzten 30 Jahre, die ja offensichtlich sind«. Von einer Kolonialisierung des Ostens zu sprechen ist dabei natürlich eine gewollte Provokation. Schließlich hat das, was hier nach 1989 passiert ist, nicht tatsächlich etwas mit der Unterwerfung anderer Völker oder gar: den Verbrechen der Kolonialzeit zu tun. So sagt es auch Kaiser: Der Osten sei natürlich keine Kolonie im tatsächlichen Sinne. Aber es gehe um die Frage, »mit welchem analytischen Arsenal« man den Osten beschreibe. Und dabei helfe der Begriff. Er solle Aufmerksamkeit schaffen. Dafür, welche Dominanz der Westen im Osten bis heute ausübe.

Und das mit der Aufmerksamkeit funktioniert auf Kaisers Tagung. Am ersten Abend sitzen über 100 Wissenschaftler im Raum, der mehr als erwartet; einige sind aus Westdeutschland angereist, viele Medienleute sind da, später werden Zeitungen und Fernsehsender groß berichten. Auf der Bühne sind einige zentrale Stimmen des aktuellen Ost-Diskurses versammelt: Sachsens SPD-Integrationsministerin Petra Köpping, der Kulturmanager Michael Schindhelm, Verleger Christoph Links, eben Thomas Krüger, außerdem der Forscher Raj Kollmorgen (siehe Text unten). Unter ihnen findet sich keiner, der den Osten tatsächlich mit einer Kolonie gleichsetzen würde. Viele warnen sogar davor, das zu tun. Aber im Befund sind alle vereint: dass Ostdeutsche im Schnitt bis heute wirtschaftlich schlechter stehen; dass sie in den Eliten bis heute stark unterrepräsentiert sind. Christoph Links, der Verleger, sagt: Der Aspekt der Kolonialisierung, der noch am ehesten auf Ostdeutschland anwendbar sei, sei jener der wirtschaftlichen Ausbeutung, weil »80 Prozent der ostdeutschen Industrien kaputtgegangen« seien und die Ostdeutschen heute kaum

etwas vom Kapital ihres Landesteils hätten. Dem widerspricht jedoch gleich Raj Kollmorgen: Ja, es sei etwas schiefgelaufen bei der Abwicklung der Betriebe. Aber der Osten habe dafür vom Wohlstand des Westens profitiert.

Es wird, das ist auf dieser Tagung zu besichtigen, seit einiger Zeit neu über den Osten nachgedacht; es wird versucht, ihn mit neuen Begriffen zu fassen, und die Migrationsforscherin Naika Foroutan steht dafür sinnbildlich. Auch Foroutan ist in Dresden dabei, vor allem ist sie aber zurzeit in den Schlagzeilen: als die Frau, die die Ostdeutschen zu Migranten erklärt hat.

Foroutans Studie am Berliner Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung wurde in der vergangenen Woche zunächst bei *ZEIT ONLINE* ausgewertet. Foroutan, Tochter einer deutschen Mutter und eines iranischen Vaters, sagt: Sie habe sich gewundert, dass Ostdeutsche und Migranten lange nicht zusammen gedacht wurden. Ihre Studie untersucht, vereinfacht gesagt, was die Gesellschaft über Ostdeutsche und Muslime denkt, und fragt, ob es Parallelen gibt. Foroutan erklärt, dass sie sich auf Muslime konzentrierte, weil diese oft im Fokus der Migrationsdebatten stünden. Die Erkenntnisse ihrer Studie sind zum Teil erwartbar (Ostdeutsche und Muslime müssen mit Stereotypen kämpfen), einige auch überraschend (Ostdeutsche fühlen sich genauso benachteiligt wie die Muslime).

Dass da jemand Ostdeutsche mit Migranten in Verbindung bringt, das regt an allen Seiten erst einmal auf, zumindest einige: Menschen mit Migrationshintergrund sehen ihre Lage verharmlost – Ostdeutsche hätten es schon deshalb leichter als tatsächliche Migranten, weil sie nicht mit Rassismus zu kämpfen hätten. Aber auch manche Ostdeutsche werden wütend, weil sie der Vergleiche stört, weil sie sich nicht als Zuwanderer sehen. Und Westdeutsche werden sauer, weil nun auch noch Ostdeutsche anfangen, Privilegien der Mehrheitsgesellschaft anzuzweifeln, für sich selbst einzufordern. Ein bisschen hat diese Wut mit den Missverständnissen zu tun, die die Studie auslöste.

Wer nur die Überschriften zu einigen Artikeln über die Studie las, konnte schnell den Eindruck gewinnen, Ostdeutsche hätten tatsächlich ebenso viele Probleme wie Migranten. »Ostdeutsche und Migranten ähnlich stark benachteiligt«, stand so oder vergleichbar in verschiedenen Medien. Das ist nicht nur falsch. Sondern auch gar nicht das, was die Studie untersucht hat. In der ging es nicht um einen Ist-Zustand der Gesellschaft, sondern um persönliche Einschätzungen.

Ein Ergebnis: Ja, es gibt Analogien zwischen der Art und Weise, wie Ostdeutsche wahrgenommen

werden, und der, wie Muslime wahrgenommen werden. Vor allem in den Stereotypen, die Westdeutsche (auch Ostdeutsche) gegenüber beiden Gruppen haben: So würden sich Muslime und Ostdeutsche jeweils nicht hinreichend von Extremismus distanzieren – das ist das eine Stereotyp. Muslime und Ostdeutsche machten sich gerne zum Opfer – das ist das zweite. Außerdem seien beide »noch nicht richtig im heutigen Deutschland angekommen« – drittes Stereotyp. Gerade dieser Aussage stimmt ein hoher Prozentsatz auf allen Seiten zu: Mehr als die Hälfte der Westdeutschen und noch mehr Ostdeutsche finden, dass das auf Muslime zutraf. Bezogen auf Ostdeutsche sagt es mehr als jeder dritte Westdeutsche; und sogar etwa jeder dritte Ostdeutsche selbst: Osis seien nicht im heutigen Deutschland angekommen. Jeder Dritte: Das ist viel. Schon wenn nur jeder Dritte glauben würde, Muslime und Ostdeutsche seien kein Teil der Gesellschaft im heutigen Deutschland, sagt Foroutan, könne das die Politik verändern. Es spreche für strukturelle Benachteiligung dieser Gruppen.

Strukturelle Benachteiligung zu benennen – das, sagen Forscher, bedeute indes nicht, dass man alle und jeden zu »Opfern« erklärt (auch das ist der Studie vorgeworfen worden, unter anderem von Jan Fleischhauer in dessen *Spiegel Online*-Kolumne).

Es bedeute vielmehr, auf bestimmte Mechanismen in unserer Gesellschaft hinzuweisen. Zum Beispiel: Es macht einen Unterschied, ob jemand eine Tante hat, die zugleich Chefin ist – und diesen Menschen zuerst anspricht, wenn sie einen Posten zu vergeben hat. Ostdeutschen und Migranten fehlt diese Tante noch oft. Das ist wohl einer der stärksten Punkte der Studie: Weil sie Analogien herstellt, kann sie neue Bündnisse ermöglichen. Nur so kann Politik beeinflusst und schließlich verändert werden.

Fragt man Naika Foroutan, die Migrationsforscherin, wie sie die Debatten um ihre Studie wahrgenommen hat, dann sagt sie: »Einige Leute haben offenbar bestimmte Dinge falsch verstanden.« Ob sie ihre Untersuchung ein bisschen bereue? Nein, weil es ja in erster Linie um neue Impulse für die Forschung gehe. Und nicht darum, was einige Medien daraus machten.

Was bedeutet das also, wenn neue Wörter in einer Debatte auftauchen? Und die dann gleich so viel diskutiert, auch kritisiert werden?

Vielleicht sagt das erst mal noch nichts über die Wörter aus. Sondern zeigt vor allem eines: dass etwas in Bewegung, die richtige Sprache noch nicht gefunden ist. Dass die Debatte über den Osten, offenbar, eine neue Stufe genommen hat.

## Der große Zoni-Zinnober

Die SPD verspricht, die Probleme der Osis zu lösen. Hat sie eine Idee?

Die Sache mit dem Trabi war natürlich ein schlimmer Anfängerfehler: Am Wochenende, als die ostdeutsche SPD sich in Erfurt zum »Ost-Konvent« traf, stand er vor der Tür. Offenbar hatte ein Genosse geglaubt, das sei absolut witzig. In Wahrheit war der Trabi allen, die es nicht so gut mit der SPD meinen, das willkommene Symbol: Wenn diese Partei über Ostdeutschland redet, geht es immer nur um die Vergangenheit. Die *Frankfurter Allgemeine* berichtete vom Ost-Konvent als einer »geschichtspolitischen Sonderzone«, der Vorwurf war klar: Die SPD verkündet die DDR.

Das ist ein bisschen gemein. Ein bisschen, weil zwar stimmt, dass der Blick dieser Partei auf den Osten im Zweifel eher retro ist, weil immerzu die Härten der Neunziger betont werden, die Lasten der DDR-Zeit, weil immerzu um Verständnis geworben wird für die Seelennarben der Ostdeutschen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die SPD blickt so intensiv und bemüht auf den Osten wie zurzeit kaum eine andere Partei. Sie hat das Personal dafür, mit Sachsens Vizeministerpräsident Martin Dulig, zugleich Ost-Beauftragter der Bundes-SPD, und erst recht mit Manuela Schwesig. Das ist eine Frau, die schon von den Tiefen und Untiefen der Ost-Mentalität sprach, als noch nicht alle Welt fragte, wieso so viele zu Pegida und zur AfD gehen. Die SPD stellt im Osten Regierungschefs und Minister. Und sie veranstaltet, im Wahljahr, unaufhörlich Zoni-Zinnober: Sie will eine Art Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Treuhänder, auf dem »Ostkonvent« hat sie ein »Zukunftsprogramm Ost« beschlossen, sie verlangt darin mehr Ostdeutsche in Führungspositionen, einen Dialog über die Nachwendzeit, Lohn- und Ungleichung und einen »Pakt für strukturschwache Regionen«. Wenn sich alle Welt über »Kolonialismus« beschwert, den der Westen im Osten betreibt, hat sich die SPD offenbar vorgenommen, den abzuschaffen. Und um zu beweisen, dass die Partei-Wessis mitziehen, standen beim Ostkonvent in Erfurt auch Olaf Scholz und Andrea Nahles auf der Bühne. Wobei gerade der Wessi, Vizekanzler Olaf Scholz, erkannt hat, dass in der aktuellen Ost-Erzählung der SPD Gefahr liegt: »Wir dürfen nicht die Partei werden, die glaubt, früher war alles besser«, so zitiert ihn die *Süddeutsche Zeitung*. Scholz weiß schon: Nur wenn es der SPD gelingt, über den Osten von gestern zu reden mit einer Geschichte von heute und morgen, könnte das im Wahlherbst etwas werden. **MARTIN MACHOWECZ**

stellen kann. Denn deren Funktionieren setzt zweierlei voraus: erstens, dass die Ostdeutschen wie die Westdeutschen in die Eliten aufsteigen und Karriere machen wollen. Zweitens, dass es identifizierbare Mechanismen gibt, die Westdeutsche systematisch bevorzugen und Ostdeutsche benachteiligen. Weder das eine noch das andere ist umfassend sozialwissenschaftlich analysiert. Um nicht missverstanden zu werden: Ich sage nicht, dass diese beiden Voraussetzungen falsch oder gar absurd sind. Ich sage nur, dass sie Unterstellungen bleiben, solange sie nicht empirisch nachgewiesen sind.

Dabei liegen für die zweite Annahme einer systematischen Benachteiligung Ostdeutscher nicht nur anekdotische Evidenzen, sondern durchaus empirische Befunde und komplexere Erklärungsansätze vor. Allerdings beziehen sich die meisten Datensammlungen und gesicherten Erkenntnisse auf die Neunzigerjahre. In dieser Zeit waren Benachteiligungen anhand geforderter Qualifikationen oder Berufserfahrungen weit verbreitet, über die Ostdeutsche nicht verfügen konnten – etwa in Bundesbehörden, im Topmanagement oder in der Rechtsprechung. Seitdem hat sich einiges geändert – Machtkalküle westdeutscher Eliten haben sich verschoben, neue Generationen Ostdeutscher mit veränderten sozialen Herkunftsfaktoren sowie Qualifikationen schicken sich an aufzusteigen. Das muss nicht das Ende der Marginalisierung bedeuten. Es braucht aber neue, breite Analysen und nicht nur alte Daten und fortgeschriebene Verdachtslogiken.

Wieso aber Fehltherapie? Die Antwort ist einfach: Eine Quotierung bei der Besetzung von öffentlich-rechtlichen Elitepositionen, die, wie es Antje Hermenau unlängst knackig vorschlug, für die Bundesebene 20 Prozent betragen könnte und für Ostdeutschland 55 Prozent, hat nicht nur mit den bekannten Problemen jedweder Quotenbesetzungen zu ringen. Der fundamentale Einwand gegen eine Ost-Quote im Jahr 2019 besteht in der Unmöglichkeit, juristisch handhabbar zu entscheiden, wer heute ostdeutsch ist. Das fängt mit all den Menschen an, die vor 1989 aus der DDR in die Bundesrepublik flohen. Wie sollen sie kategorisiert werden? Was ist mit den Millionen, die nach dem Mauerfall zwischen Ost und West wanderten, nicht wenige sogar mehrfach? Sind Westdeutsche, die nach 1990 in die neuen Länder gingen, bereits am ersten Tag der Ankunft Ostdeutsche oder erst nach fünf Jahren oder nach zwanzig oder nie? Und was ist mit deren Kindern, wenn sie nach ihrem 18. Lebensjahr in die alten Bundesländer studieren oder arbeiten gingen, dort blieben oder zurückkehrten?

Es reichen bereits wenige Überlegungen, um sicher festhalten zu können, dass der Therapieversuch einer Ost-Quote im Jahr 2019 nicht nur aus

sozialer Perspektive mehr und mehr an den Realitäten unserer Gesellschaft vorbeiläuft. Was Anfang der 1990er-Jahre vielleicht rechtlich möglich gewesen wäre: Heute ist es juristisch unhaltbar. Die Ost-Quote hieße daher, ein *ius sanguinis*, eine Art Bluterrecht wiederzubeleben. Ostdeutsch wäre dann, wer von einer DDR-Bürgerin oder einem DDR-Bürger abstammt. Wer will das, wer kann das politisch wollen? Unabhängig vom Willen erscheint es evident, dass es keine rechtssichere Regelung des Status »Ostdeutscher« jenseits des Wohnortsprinzips geben kann. Wendeten wir aber dieses an, kämen potenziell Zigttausende in Westdeutschland geborene, dort aufgewachsene und bestens vernetzte Menschen in den Genuss der Quotenförderung, weil sie in Leipzig, Potsdam oder Jena wohnen – vielleicht erst seit drei Tagen. Zugleich wären Hunderttausende Ostdeutsche, die jetzt in den alten Bundesländern leben, ausgeschlossen. Beides widerspricht der Intention der die Quote Fordernden. Martin Machowecz hat vor Kurzem in der *ZEIT* darauf hingewiesen, dass selbst die »lässigste«, das heißt eine am Wohnort orientierte Quote »noch gewaltige Effekte« hätte. »Gewaltige Effekte« könnte sie aber vor allem für die sogenannten Wossis haben. Wäre das wirklich besser als keine Quote?

Gibt es zur Ost-Quote Alternativen? Ich denke ja. Vor allem sollten die Ostregionen darin unterstützt werden, ihre Entwicklungspotenziale zu erkennen. Gesamtgesellschaftlich geachtete Entwicklungserfolge im Osten befördern Selbstanerkennung, individuelle Leistungsbereitschaft und Wertschätzung durch Dritte; auch im Westen. Das kann durch gezielte Karriereförderungen Benachteiligter – auch von Menschen ohne Ostherkunft – unterstützt werden.

Die geringeren objektiven Chancen verdanken sich auch der Stigmatisierung des Ostens und der Ostdeutschen in den Diskursen nach 1990 als zurückgebliebene, verlorene, hilfbedürftige Gebiete oder Gruppe. Auch wenn sich das seit etwa 2005 ändert, brauchen wir weiter eine Transformation dieser Diskurse. Eine politische Reflexion der Probleme gehört zu einer längerfristigen Lösung.

Demgegenüber würde mit der Ost-Quote – ich spitze zu – eine einfache Lösung für ein hochkomplexes Problem angeboten, die zurückblickt, die womöglich gerichtlich suspendiert würde und die daher bestenfalls neue Enttäuschungen gegenüber den Eliten zu produzieren vermag. Das wird junge Ostdeutsche nicht ermuntern, selbst Teil dieser gesellschaftlichen Führungsgruppen werden zu wollen.

Raj Kollmorgen lehrt an der Hochschule Zittau-Görlitz. Er ist einer der renommiertesten Ostdeutschlandforscher

ANZEIGE

## MARION DÖNHOF PREIS 2019

SCHICKEN SIE UNS IHREN VORSCHLAG

EINSENDESCHLUSS: 30. APRIL 2019

### Ein Preis für Einsatz und Beharrlichkeit

Der Marion-Dönhoff-Preis für internationale Verständigung und Versöhnung wird in diesem Jahr zum 17. Mal vergeben. Der von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, der Marion Dönhoff Stiftung und der ZEIT gestiftete Preis hält das Andenken an die langjährige Chefredakteurin und Herausgeberin der ZEIT, Marion Gräfin Dönhoff, wach. Jährlich werden ein Hauptpreis und ein Förderpreis verliehen, die mit je 20.000 Euro dotiert sind. Die Preisträger bestimmt eine Jury, bestehend aus Friedrich Dönhoff, Norbert Frei, Astrid Frohoff, Manfred Lahnstein, Matthias Naß, Janusz Reiter, Theo Sommer und Anne Will.

### »Keine Konzessionen – ohne Furcht«

Marion Dönhoff schrieb ein Buch mit dem Titel »Menschen, die wissen, worum es geht«. Im Vorwort heißt es: »Sie haben alle eins gemeinsam. Sie sind ganz echt – sie lassen sich nicht vom Zeitgeist oder von Werbeagenturen stilisieren. Sie machen

keine Konzessionen an Publikum, Mode, Karriere. Sie sind ohne Furcht. Sie folgen ihren eigenen Maßstäben und ihrer Intuition. Intuition hat mit Gefühl zu tun – und nicht im Sinne von Emotionen, sondern im Sinne von Gewißheit. Ebendarum: Menschen, die wissen, worum es geht.« Der Marion-Dönhoff-Preis zeichnet Menschen aus, die in diesem Sinne handeln.

### Fällt Ihnen ein solcher Mensch ein? Schreiben Sie uns, und begründen Sie Ihren Vorschlag!

ONLINE-FORMULAR:  
www.marion-doenhoff-preis.de

E-MAIL:  
marion-doenhoff-preis@zeit.de

POSTANSCHRIFT:  
DIE ZEIT, Stichwort: Marion Dönhoff Preis, Unternehmenskommunikation und Veranstaltungen, Speersort 1, 20095 Hamburg

DIE ZEIT

ZEIT-Stiftung  
Ebelin und Gerd  
Bucerius

Marion Dönhoff  
Stiftung